

Pressespiegel 27.1. – 7.2.2015

Inhalt

Containerdorf auf Salamandergelände?	2
Worms: Via Internetplattform sollen künftig Hilfsangebote für Asylbewerber und Bedürftige koordiniert werden	3
Linke: Generell neu regeln	6
Motorpool 2.0: Die Kritik ist „unberechtigt“	7
Der Wormser Oberbürgermeister Michael Kissel äußert sich zur Kritik der FWG in deren heutiger Pressemitteilung	7
Worms: Infoveranstaltung zu Containerdorf auf "Motorpool" ohne FWG und FDP - Fraktionen beschwerten sich	9
Worms: Rund 1.500 Schüler von Gauß- und Rudi-Stephan-Gymnasium demonstrieren gegen Fremdenfeindlichkeit	11
FWG: Geheimniskrämerei von OB	13
Motorpool-Gelände in Worms: Container für Flüchtlinge können voraussichtlich ab Mai bezogen werden.....	14
Moralisch und zahlenmäßig eine klare Sache	17
NPD-Demonstration lief bei massivem Polizeiaufgebot und großer Gegenkundgebung unter Glockengeläut ins Leere	17

Containerdorf auf Salamandergelände?

ASYLBEWERBER Stadt untersucht alle kommunalen Liegenschaften nach Eignung für mobile Wohnheime

WORMS - (gö). Auf dem früheren Salamandergelände könnte ein weiteres mobiles Wohnheim für Asylbewerber entstehen. Das deutete Oberbürgermeister Michael Kissel in der jüngsten Sitzung des Stadtrates an. Die Nutzung als Gewerbegebiet oder Standort für Feuerwehr würden sich dadurch verschieben. Auf Nachfrage der WZ bestätigte er, dass weitere Containeranlagen notwendig seien, nur so könne die Unterbringung von Flüchtlingen in Turnhallen, wie es in manchen Kommunen schon gemacht werde, vermieden werden. Deshalb würden alle städtischen Liegenschaften auf ihre Eignung hin überprüft, auch das Salamandergelände. Eine Entscheidung dazu gebe es noch nicht.

Klar ist aber, dass Worms in diesem Jahr noch gut 200 Asylbewerber aufnehmen muss, darunter vor allem alleinstehende Männer. Deshalb habe er am Donnerstag bei der Dienstbesprechung mit den Ortsvorstehern diese ebenfalls gebeten, nach möglichen Standorten für Container, aber auch Wohnungen für Familien oder alleinerziehende Mütter unter den Flüchtlingen zu suchen. Nach wie vor sind auch private Wohnungs- und Hausbesitzer gebeten, freie Wohnungen für Asylbewerber anzubieten.

Auf dem Gelände des früheren Motorpools soll bereits eine Containeranlage für knapp 70 Asylbewerber entstehen.

Worms: Via Internetplattform sollen künftig Hilfsangebote für Asylbewerber und Bedürftige koordiniert werden

Von Johannes Götzen

WORMS - Über eine Internetseite sollen künftig die Hilfsangebote für Bedürftige und Asylbewerber besser koordiniert werden. Einem entsprechenden Antrag der SPD stimmten bis auf den rechtsextremen Michael Weick alle Ratsmitglieder in der jüngsten Sitzung des Gremiums zu.

- [Bild](#)
- [Karte](#)



Erhielten von OB Michael Kissel (4.v.l.) für ihr langjähriges Wirken im Stadtrat die Ratsehrennadel (von links): Jens Guth, Helmut Bauer, Heidelinde de Haas, Karl Müller und Adolf Kessel. Foto: Stadt Worms

Auf dieser Internetplattform, die zum Beispiel in die städtische Homepage integriert werden könnte, soll zielgerichtet zu Spenden aufgerufen werden. Durch die genaue Bezeichnung dessen, was tatsächlich benötigt wird, soll die Hilfe effizient sein, so SPD-Fraktionsvorsitzender Timo Horst. Gute Erfahrungen habe die Stadt Mainz mit einer solchen Internetplattform gemacht, auf der die Betreuer der Wohnheime für Asylbewerber konkret sagen, welche Artikel und welche Dienstleistungen wie etwa Sprachunterricht gebraucht werden.

Wobei Timo Horst explizit betonte, dass nicht nur Asylbewerber, sondern alle Hilfsbedürftigen in Worms von diesem Angebot profitieren sollen. Zudem berichtete Horst, dass sich die Ehrenamtsbörse gerne an dieser Aktion beteiligen möchte, was natürlich willkommen sei.

- [Würdigung und Begrüßung](#)
 - Zu Beginn der jüngsten Sitzung des Stadtrates würdigte Oberbürgermeister Michael Kissel den in der vergangenen Woche gestorbenen früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker.
 - Zudem dankte Kissel jenen Wormsern, die am 27. Januar im Gedenken an die Befreiung des KZ Auschwitz zum Mahnmahl gekommen waren und zudem gegen die „jämmerliche“ Veranstaltung der NPD und für ein weltoffenes, tolerantes Worms Flagge gezeigt haben.
 - Begrüßen konnte der OB zwei Neugeborene: Die Ratsmitglieder Isabel Mehlmann (fraktionslos) und Marion Hartmann (CDU) hatten ihren Nachwuchs mit zur Sitzung gebracht. Für sie hatte Kissel jeweils einen bunten Elefanten als Plüschtier mitgebracht.
 - Zudem verlieh Kissel die Ratsehrennadel nachträglich an fünf langjährige Ratsmitglieder. Die offizielle Verleihung war bereits im September erfolgt, die noch ausstehenden Ehrungen wurden nun nachgeholt.
 - Der Stadtchef zeichnete Helmut Bauer mit der Ratsehrennadel in Bronze aus, Adolf Kessel, Karl Müller und Jens Guth erhielten die Ratsehrennadel in Silber und Heidelinde de Haas erhielt die goldene Nadel.
 - „Ein kommunalpolitisches Amt auszuüben, ist keine leichte Aufgabe“, hob der OB in seiner Ansprache hervor. Die Aufgabe sei mit hohem zeitlichem Aufwand verbunden, die Ausübung sei große politisch-handwerkliche Kunst.
- [Weitere Meldungen](#)

Aufwand zu stemmen?

Dr. Klaus Karlin, CDU-Fraktionsvorsitzender, befand, dass die Zielrichtung richtig sei und dass vorhandene Einrichtungen eingebunden werden müssten. Allerdings müsse geprüft werden, ob die Einrichtung und Pflege der Internetplattform nicht teurer werde als der Ertrag für die Hilfsbedürftigen. Hier gab auch Kurt Lauer (Bündnis 90 / Die Grünen) zu bedenken, ob der Aufwand zu stemmen sei. Er dachte

dabei auch an die Verteilung der gespendeten Hilfsgüter. Hier könne möglicherweise die Ehrenamtsbörse unterstützen. Dr. Jörg Koch (CDU) regte darüber hinaus regelrechte Patenschaften durch Wormser Bürger an.

Oberbürgermeister Michael Kissel betonte einmal mehr, dass die Betreuung insbesondere der vor Krieg und Verfolgung Geflüchteten nicht allein Sache der Verwaltung sein könne. Dies sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Einrichtung einer Internetplattform werde die Verwaltung jetzt prüfen, sie könne sinnvoller sein, als ein Lager für Sachspenden einzurichten, die dann gar nicht gebraucht würden. Kissel betont allerdings auch: „Darüber hinaus geht es aber auch um die persönliche Zuwendung. Das ist uns mindestens genauso wichtig.“

[Sie möchten noch mehr interessante Nachrichten aus der Region lesen? Dann testen Sie jetzt 14 Tage kostenlos & unverbindlich das Komplettpaket "Print & Web plus"!](#)

Linke: Generell neu regeln

WORMS - (gö). Die Linke schließt sich der Kritik von FDP und FWG an, dass bei der Informationsveranstaltung zur Sammelunterkunft für Asylbewerber, die auf dem Gelände des früheren Motorpools entstehen soll, Stadtratsmitglieder ausgeschlossen worden waren. „Auch wenn man aus der ganzen Sache kein Politikum machen sollte, sind wir der Auffassung, dass bei Informationsveranstaltungen der Stadt, wo es um öffentliche Belange geht, Mitglieder des Stadtrates freien Zugang haben sollten“, so Sebastian Knopf, Fraktionsvorsitzender der Linken. Schließlich müssten die Ratsmitglieder am Ende auch die Entscheidungen treffen, so Knopf weiter. Von daher sei es nicht verkehrt, als Abgeordneter auch Bedenken und Meinungen der Anlieger zu hören. Knopf fordert den Oberbürgermeister Kissel auf, die Sache in der nächsten Ältestenratssitzung abschließend zu klären und eine generelle Regelung für die Zukunft zu treffen. Wie berichtet hatte Steffen Landskron (FWG-Bürgerforum) versucht, am vergangenen Dienstag die Informationsveranstaltung in der Pestalozzischule zu besuchen und war daran gehindert worden mit Hinweis darauf, dies sei im Ältestenrat so besprochen worden.

Motorpool 2.0: Die Kritik ist „unberechtigt“

Der Wormser Oberbürgermeister Michael Kissel äußert sich zur Kritik der FWG in deren heutiger Pressemitteilung

Die nunmehr im Rahmen einer Pressemitteilung formulierte Kritik der FWG hinsichtlich der Entscheidung der Verwaltung, zunächst ausschließlich die Anwohner und Vertreter der Presse zu einer Informationsveranstaltung zum Thema „Unterbringung von Asylbewerbern auf dem Motorpool-Gelände“ einzuladen, ist Oberbürgermeister Michael Kissel bei dem bisher mit allen Verantwortlichen sorgfältig abgestimmten Vorgehen unverständlich:

„Die Kritik von Herrn Landskron und Herrn Englert ist unberechtigt. Im Ältestenrat war ausdrücklich vereinbart, dass die Informationsveranstaltung in der Pestalozzischule ausschließlich für Anwohner gedacht ist, um den Zutritt von externen politischen Gruppierungen, +Rechtsextremisten und kontroverse und auf Diskreditierung von Flüchtlingen gerichtete Debatten bzw. Grundsatzdiskussionen über das Asylrecht zu vermeiden. Die Information der Anwohner über die geplante Wohnanlage für Flüchtlinge sollte ungestört im Mittelpunkt stehen. Damit waren die Fraktionen einverstanden. Dass die interne Kommunikation in der FWG anscheinend nicht funktioniert, liegt nicht in der Verantwortung der Verwaltung“, erklärt der OB. „Die Gremien des Stadtrates werden seit geraumer Zeit kontinuierlich über die Planungen der Verwaltung zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern informiert“, stellt der Verwaltungschef klar. Deshalb sei die Behauptung von „Geheimniskrämerei“ abwegig.

Auch sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die Tagespresse im Vorfeld im Rahmen ihrer Berichterstattung mehrmals auf den ausschließlich für Anwohner begrenzten Zutritt zu dieser Anwohnerinformationsveranstaltung hingewiesen hatte“, so der Stadtchef.

Anmerkung der NK-Redaktion: Auch, wenn in der Tagespresse entsprechend berichtet wurde, so war die Pressemeldung der Stadt, wie sie z.B. im NK zweifach veröffentlicht wurde, in ihrer Aussage nicht so eindeutig. Hier ist die Rede von Anwohnern, aber nicht ausschließlich von ihnen. Es heißt ja auch „Bürgerinformationsveranstaltung“. Warum sollten auch solche Pressemitteilungen veröffentlicht werden, wenn doch alle Betroffenen persönlich angesprochen wurden?

Im Nachgang der Wortlaut der 1. PM vom 20. Januar 2015:
Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema „Unterbringung von Asylbewerbern

Wie auch viele andere Kommunen stößt die Stadt Worms im Hinblick auf die Unterbringung von Asylbewerbern inzwischen an ihre Kapazitätsgrenzen. Da auch in diesem Jahr mit weiter steigenden Flüchtlingszahlen zu rechnen ist, wird die Stadt nun auf dem so genannten „Motorpool“-Gelände mobile Wohneinheiten für Asylbewerber bauen.

*Die Stadtverwaltung lädt deshalb Anlieger zu einer Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema „Unterbringung von Asylbewerbern“ am **Dienstag, 27. Januar um 19.00 Uhr** in die **Turnhalle der Pestalozzischule** (Bensheimer Straße 45) ein. Anwesend sein werden unter anderem Oberbürgermeister Michael Kissel und Sozialdezernent Waldemar Herder. Bürger sollen die Gelegenheit erhalten, sich über die geplanten Wohneinheiten zu informieren und eigene Fragen zu stellen.*

Die Presse ist zu der Veranstaltung natürlich ebenfalls herzlich eingeladen.

Der Wortlaut der PM vom 26. Januar, die im NK nicht mehr veröffentlicht werden konnte.

Sehr geehrte Medienvertreter,

wie wir bereits angekündigt hatten, lädt die Stadt Worms am Dienstag, 27. Januar um 19 Uhr zu einer Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema „Unterbringung von Asylbewerbern“ ein. Die Veranstaltung ist nicht öffentlich und ausschließlich für Anwohner des so genannten Motorpool-Geländes in der Bensheimer Straße gedacht, auf dem die Stadt demnächst mobile Wohneinheiten für Asylbewerber errichten wird. Die betreffenden Anwohner wurden von der Stadt angeschrieben und müssen ihre Einladung zu der Veranstaltung mitbringen.

Sollten Sie als Medienvertreter an der Veranstaltung teilnehmen wollen, bitten wir aus organisatorischen Gründen um namentliche Anmeldung bis Dienstag, 27. Januar, 11 Uhr. Medienvertreter, die sich nicht vorher angemeldet haben, können leider nicht eingelassen werden. Anmeldungen nimmt die Pressestelle unter der E-Mailadresse pressestelle@worms.de oder telefonisch unter (06241) 853-1202 bzw. 853-1203 entgegen.

Bitte beachten Sie bei der Planung Ihrer Anfahrt, dass es an diesem Tag ab dem frühen Nachmittag bis zum Abend zur Vollsperrung folgender Straßen kommen kann: Bensheimer Straße, Im Neustück, Spießstraße, Küchlerstraße, Lukasstraße, Heidenheinstraße, Begardistraße. In der Bensheimer Straße, Im Neustück und in der Spießstraße 2-18 werden absolute Halteverbote eingerichtet.

NK: Wer also keine regionale Tagespresse liest, konnte offensichtlich nichts von der Ausschließlichkeit für Anwohner wissen.

Worms: Infoveranstaltung zu Containerdorf auf "Motorpool" ohne FWG und FDP - Fraktionen beschweren sich

Von Johannes Götzen

WORMS - Für Oberbürgermeister Michael Kissel und die SPD-Fraktion war alles im Vorfeld der Informationsveranstaltung klar besprochen, doch bei FWG/Bürgerforum und FDP wird nachgekartet.

Das früher von der US-Army genutzte Motorpool-Gelände in Worms an der Ecke B 9/Bensheimer Straße. Archivfoto: Uwe Feuerbach

Die kleinen Fraktionen beklagen, dass sie nicht teilnehmen durften, als am Dienstagabend in der Pestalozzischule über die Pläne für das Containerdorf zur Unterbringung der Asylbewerber auf dem Gelände des früheren Motorpools der US-Streitkräfte gesprochen wurde. Steffen Landskron vom Bürgerforum warf Kissel gar Geheimniskrämerei vor.

• Weitere Meldungen

1. [Motorpool-Gelände in Worms: Ältestenrat stimmt der Aufstellung von Wohncontainern für Asylbewerber zu](#)
2. [344 Asylbewerber suchen in Worms ein Heim - Mobile Wohneinheit wird am Motorpool geschaffen](#)
3. [Containerdorf in Worms: Informationsabend für Anlieger am "Motorpool" - Kundgebungen von NPD und "Bündnis gegen Naziaufmärsche"](#)

Diese Kritik weist Kissel (SPD) zurück: „Im Ältestenrat war ausdrücklich vereinbart, dass die Informationsveranstaltung ausschließlich für Anwohner gedacht ist, um den Zutritt von externen politischen Gruppierungen, Rechtsextremisten und kontroverse und auf Diskreditierung von Flüchtlingen gerichtete Debatten beziehungsweise Grundsatzdiskussionen über das Asylrecht zu vermeiden.“

Nur für Anwohner?

Die Information der Anwohner sollte ungestört im Mittelpunkt stehen, so Kissel. Damit seien die Fraktionen auch einverstanden gewesen. „Die Gremien des Stadtrates werden seit geraumer Zeit kontinuierlich über die Planungen der Verwaltung zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern informiert“, stellt der Verwaltungschef klar.

Als „verwunderlich“ bezeichnet auch SPD-Fraktionsvorsitzender Timo Horst die Kritik von FWG/Bürgerforum und bestätigt: „Im Ältestenrat haben sich alle Fraktionen für die Veranstaltung in dieser Form ausgesprochen.“ Gleichzeitig mahnt Horst, den gemeinsamen Konsens in der Asylpolitik nicht zu verlassen. „Dieses Thema ist viel zu ernst und nicht geeignet für persönliche Profilierungsversuche von einzelnen Stadtratsmitgliedern.“

"Nicht erinnern"

Doch FWG/Bürgerforum bleiben bei ihrer Auffassung, ihr Fraktionsvorsitzender Mathias Englert widerspricht zudem: „In jener Ältestenratssitzung war ich anwesend und kann mich an keine Absprache bezüglich der Einwohnerversammlungen erinnern.“

Auch Dr. Jürgen Neureuther, Fraktionschef der FDP, erklärt, er könne sich nicht daran erinnern, dass in der Ältestenratssitzung am 8. Dezember ein Beschluss dahin gehend gefasst worden sei, Ratsmitglieder auszuschließen. Aber selbst wenn, verweist Englert auf Paragraph 16 der Gemeindeordnung, der die Einwohnerversammlung regelt. Darin ist festgelegt, dass den Fraktionen vor der Aussprache die Gelegenheit zu geben ist, eine Stellungnahme abzugeben.

Presse war dabei

Neureuther geht noch einen Schritt weiter: Laut Gemeindeordnung müsste demokratisch gewählten Stadtratsmitgliedern immer Zutritt zu öffentlichen Veranstaltungen gewährt werden, was die angesprochene Informationsveranstaltung im Wormser Norden zweifelsohne war, weil ja die Presse Zugang hatte.

Die Stadt hatte indes nie von einer förmlichen Einwohnerversammlung gesprochen, sondern stets von einem „Informationsabend“. OB Kissel hatte gegenüber der WZ allerdings bereits gesagt, er überlege, eine Einwohnerversammlung zu diesem Thema einzuberufen.

Worms: Rund 1.500 Schüler von Gauß- und Rudi-Stephan-Gymnasium demonstrieren gegen Fremdenfeindlichkeit

Von Roland Keth

WORMS - Rund 1.500 Schüler von Gauß- und Rudi-Stephan-Gymnasium setzten am Mittwochmorgen in der großen Pause ein deutliches Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und für Meinungs- und Pressefreiheit.

Höhepunkt der etwa 20 Minuten dauernden, von der Schülervertretung beider Schulen initiierten Veranstaltung war, als die Schüler den von Michael Jackson und Lionel Richie berühmt gemachten Song „We are the World“ anstimmten und dabei die mitgebrachten Bunt- und Bleistifte in die Luft hielten und die Arme schwenkten.

- [Stimmen](#)

„Wer Vielfalt erlebt, wird später Einfalt keine Chance geben!“ **Dr. Günther Serfas, Direktor Gauß-Gymnasium.**

„Es ist ein gutes Zeichen der Solidarität, eine Geldspende wäre aber vielleicht angebrachter gewesen.“ **Narongrit Schleder, Gauß-Schüler.**

- „Wir haben das Thema in Reli besprochen, aber nicht wirklich ausreichend behandelt. Jedoch hat es eine Vorbildfunktion für andere Schulen.“ **Marlene Stahnecker, Rudi-Schülerin.**

- „Wir haben alles im Unterricht besprochen, und ich finde Zeitpunkt und Ort angebracht. Man zeigt damit, dass es auch andere Wege gibt, Konflikte zu lösen.“ **Jannes Wach, Rudi-Schüler.**

- „Man muss ein Zeichen gegen Terrorismus setzen, aber auch die Thematik im Unterricht aufgreifen.“ **Dominic Stramm, Erdkundelehrer am Gauß.**

- „Ich habe meinen Religionsunterricht komplett unterbrochen und eine Stunde mit den Schülern über Charlie Hebdo geredet.“ **Andreas Schätzkel, Religionslehrer am Rudi.**

- [Weitere Meldungen](#)

Mit Blick auf NPD-Kundgebung

„Wir haben euch gebeten, einen Stift mitzubringen, um deutlich zu machen, dass auch für uns Meinungsfreiheit eine große Rolle spielt“, sagte Gauß-Schülersprecher Jan Scherer in seiner kurzen Ansprache. Diese Stifte wolle man in den nächsten Tagen dann an Asylbewerber, die in Worms unterkommen, überreichen. „Wir wollen ihnen damit zeigen, dass wir sie willkommen heißen, dass wir sie gerne unterstützen und dass Worms so bunt ist wie die Summe der Stifte.“

Man habe diese Aktion gestartet nach den Terroranschlägen in Paris, aber gerade auch mit Blick auf die NPD-Kundgebung am Dienstag in Worms, ergänzte Rudi-Sprecherin Joke

Reuvers. Die Rechtsradikalen hatten dort in übler Form Hetze gegen Asylbewerber und deren Unterbringung in einem Containerdorf betrieben (wir berichteten). „Gerade in der Schule kommen Menschen ganz verschiedener Religionen und Länder zusammen. Wir lernen hier, eine Gemeinschaft zu bilden. Wenn wir nicht lernen, Verständnis zu haben, mitzuempfinden und das Recht des Anderen auf eine andere Meinung oder eine andere Religion anzuerkennen – wer denn?“, fragte Joke Reuvers in die große Schülerrunde.

Problem mit Lautsprechern

Leider waren die durchaus nachdenklichen Worte der beiden engagierten Schülersprecher nur in den vorderen Reihen verständlich. Das Gros der Schüler bekam wenig mit, da die aufgestellte Lautsprecherbox viel zu schwach war, um den großen Pausenhof ausreichend zu beschallen. Joke Reuvers versuchte anschließend zwar, ihre Botschaften über die installierte Pausensprechanlage zu verbreiten, drang damit aber genauso wenig durch.

Die beiden Schülersprecher ärgerten sich hinterher, die Lautsprecheranlage vorher nicht gründlicher getestet zu haben. „Wir werden die Texte auf die Schulhomepage stellen und über Facebook verbreiten, dort könnt ihr dann alles nachlesen“, versprach Joke Reuvers ihren Mitschülern. Die beiden Schülersprecher zeigten sich dennoch glücklich darüber, dass so viele Schüler und Lehrer gekommen waren. Und beide hoffen sie, dass sie mit der Solidaritätsaktion den ein oder anderen angeregt haben, sich Gedanken über das brisante Thema zu machen oder vielleicht sogar selbst aktiv zu werden gegen Ausländerhass. „Einige meiner Mitschüler haben mich bereits gefragt, ob sie Spielsachen spenden können. Das hat mich sich gefreut“, berichtete Joke Reuvers nach der Pausen-Demo.

Auch wenn die Lautsprecheranlage versagt hatte, zollte Gauß-Direktor Dr. Günther Serfas seinen Schülern großes Lob. „So etwas kann nicht vom Schulleiter angeordnet werden, das muss von den Schüler selbst kommen.“

FWG: Geheimniskrämerei von OB

WORMS - (gö). Das FWG-Bürgerforum begrüßt zwar ausdrücklich die frühzeitige Information der Anlieger über die Errichtung eines Containerdorfes zur Unterbringung von Asylbewerbern, wirft aber Oberbürgermeister Michael Kissel zugleich „Geheimniskrämerei“ vor. FWG-Ratsmitglied Steffen Landskron wollte an der öffentlich angekündigten Bürgerinformationsveranstaltung in der Pestalozzischule teilnehmen, doch sei ihm der Zutritt verwehrt worden, berichtet er.

Begründet worden sei dies von Karl-Heinz Winkler, dem Leiter des OB-Büros, mit dem Hinweis, dass man sonst auch anderen gesellschaftlichen Gruppen die Teilnahme ermöglichen müsse. Dies steht nach Auffassung von Steffen Landskron im Widerspruch zur Gemeindeordnung: „Im Stadtrat vertretene Fraktionen sind nicht irgendeine gesellschaftliche Gruppe. Sie haben sogar das Recht, bei der Versammlung eine Stellungnahme abzugeben.“

Er hält die Handlungsweise der Stadtverwaltung deshalb für unrechtmäßig und fügt hinzu: „Wie sollen wir uns einen Eindruck von Bürgermeinungen zu Plänen der Verwaltung machen können, wenn wir bei Informationsveranstaltungen draußen bleiben müssen?“ Er wirft Oberbürgermeister Kissel „Geheimniskrämerei“ vor, denn offensichtlich solle dem Stadtrat nur seine Interpretation des Ablaufes der Versammlung berichtet werden.

Motorpool-Gelände in Worms: Container für Flüchtlinge können voraussichtlich ab Mai bezogen werden

Von Johannes Götzen

WORMS - Schon Mitte Mai könnten die Wohncontainer, die auf dem Gelände des früheren Motorpools der amerikanischen Streitkräfte installiert werden sollen, von Asylbewerbern bezogen werden.



Knapp 200 Anlieger waren zur Informationsveranstaltung in die Pestalozzischule gekommen.
Foto: photoagenten/Ben Pakalski

Das erklärte am Dienstagabend die Leiterin des Bereiches Soziales, Christine Ripier-Kramer, bei der Informationsveranstaltung für Anwohner. Die Wohncontainer sollen am Eck Bensheimer Straße / B 9 aufgestellt werden und sind für 60 bis maximal 68 Personen ausgelegt. Untergebracht werden sollen ausschließlich männliche Einzelpersonen ohne Familie, sie werden jeweils zu zweit in einem 16 Quadratmeter kleinen Raum schlafen, es gibt Küchen und Aufenthaltsräume.

Die Verwaltung gehe davon aus, dass die Container fünf Jahre gebraucht werden. Wie sich die Flüchtlingsbewegungen in der Welt bis dahin entwickeln, könne allerdings überhaupt nicht vorhergesagt werden, betonte Ripier-Kramer.

- **Weitere Meldungen**

1. [Motorpool-Gelände in Worms: Ältestenrat stimmt der Aufstellung von Wohncontainern für Asylbewerber zu](#)
2. [344 Asylbewerber suchen in Worms ein Heim - Mobile Wohneinheit wird am Motorpool geschaffen](#)
3. [Containerdorf in Worms: Informationsabend für Anlieger am "Motorpool" - Kundgebungen von NPD und "Bündnis gegen Naziaufmärsche"](#)
4. [Kundgebung der NPD in Worms löst Protest aus: Mehr als hundert Teilnehmer bei Gegendemonstration](#)

Nach gut zwei Stunden kam die Frage besorgter Anlieger auf, warum erst jetzt diese Veranstaltung durchgeführt werde, statt die Betroffenen vorher zu fragen. Oberbürgermeister Michael Kissel ließ es hier an Deutlichkeit nicht fehlen: „Das ist bereits entschieden, wir sind hier, um sie zu informieren.“ In dieser Frage könne keine Volksabstimmung durchgeführt werden, denn es gelte, einen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Zudem würde bei einer Befragung mit ziemlicher Sicherheit das St.-Florians-Prinzip aufkommen. Das sei zwar menschlich verständlich, führe aber zu keiner Lösung.

Weitere Sammelunterkünfte könnten entstehen

Einige Anwohner fragten zudem, warum ausgerechnet im Wormser Norden, der ohnehin mit sozialen Problemen zu kämpfen hat, mit dem Bau von Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber begonnen werde. Hier widersprach Kissel. Es sei die vierte oder fünfte Sammelunterkunft, die errichtet werde, es gebe sowohl im Wormser Süden als auch im Norden im Gewerbegebiet bereits Gemeinschaftsunterkünfte. Zudem werde auch in anderen Bereichen wie der Innenstadt, im Westend oder in Pfeddersheim sowie im Eisbachtal geprüft, ob auf städtischen Gelände weitere Sammelunterkünfte entstehen können.

Dass dies notwendig werden wird, machte Sozialdezernent Waldemar Herder klar. Nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel“ müssten von den in Deutschland ankommenden Asylbewerbern 4,8 Prozent vom Land Rheinland-Pfalz aufgenommen werden. Von diesen wiederum würden nach einem festgelegten Schlüssel zwei Prozent von der Stadt Worms aufgenommen werden. Dies bedeutete, dass im laufenden Jahr 2015 bis zu 300 weitere Asylbewerber nach Worms kommen. Derzeit leben 325 Asylbewerber in Worms.

"Wird Daueraufgabe für Stadt"

OB Kissel machte aber deutlich, dass die Situation sich nicht so bald entspannen werde: „Das wird in den nächsten Jahren eine Daueraufgabe für die Stadt.“ Kissel hatte im Vorfeld angekündigt, dass er auch um Unterstützung bei der Betreuung der Asylbewerber werben würde, was er auch einmal mehr tat. Es sei „die oberste humanitäre Pflicht“, diesen Menschen, die ihre Heimat wegen Krieg, Terror und Verwüstung hätten verlassen müssen, zu helfen. Als erstes hätten sie Respekt verdient, es gelte, die Menschenwürde zu achten.

Es wurden nicht nur Sorgen und Ängste geäußert, sondern auch gefragt, wie die Integration funktionieren könnte oder wie den Menschen geholfen werden könne. Kissel kündigte dazu

an, dass ein Begegnungsfest auf dem Motorpool-Gelände organisiert werde. Denn lerne man sich kennen, werde manches Vorurteil beseitigt.

Moralisch und zahlenmäßig eine klare Sache

NPD-Demonstration lief bei massivem Polizeiaufgebot und großer Gegenkundgebung unter Glockengeläut ins Leere



Ein sichtlich ernster Michael Kissel gehörte zur großen Gegendemo. Foto: Karolina Krüger

VON KAROLINA KRÜGER Ein großes Polizeiaufgebot sorgte am gestrigen Dienstag bei zwei in der Bensheimer Straße stattfindenden Demonstrationen für Frieden und Sicherheit.

Hier standen sich das „Bündnis gegen Naziaufmärsche“ und die NPD – durch Straßensperren und einigen 100 Meter Straße getrennt – gegenüber. Die Wormser Rechten mussten sich aus Kaiserslautern Unterstützung holen, um überhaupt mit 10 Sympathisanten vor Ort sein zu können,

Ihnen ging es wohl darum, am geplanten Standort eines Flüchtlingslagers auf dem ehemaligen US-Motorpool „Flagge“ zu zeigen. Also rückwärtsgewandter Fremdenhass auf der einen, Humanität, Verständnis und Mitgefühl auf der anderen Seite.

Am 70. Gedenktag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz waren es einmal mehr die Kirchenglocken, dieses Mal die der Lukaskirche, welche die menschenverachtenden Parolen der Rechten, übertönten. Ihnen standen mehr als das zehnfache an Demonstranten für die Menschlichkeit und ein buntes Worms gegenüber, unter ihnen auch der Wormser Oberbürgermeister Michael Kissel.



Die beiden Demonstrantengruppen wurden wirkungsvoll und weitläufig voneinander fern gehalten. Foto: Karolina Krüger